

Artikulieren, Kommunizieren, Koordinieren

Die französische Finanzministerin Lagarde tritt fuer gemeinsame internationale Bemuehungen gegen eine weitere Finanzkrise ein. Der ukrainische Vizepremier Nemyria fordert neue internationale Regeln fuer Governance im Finanzbereich.

Das Abschlusspanel thematisierte die Notwendigkeit einer globalen Finanzmarktarchitektur als Folge der gegenwaertigen Wirtschaftskrise. Chrystia Freeland, US Managing Editor der Financial Times, moderierte das Panel. Hauptthema des Gespraches waren Moeglichkeiten zur Regulierung, mit denen das Wirtschaftswachstum nicht zu stark gefaehrdet wird, weitere Krisen aber zugleich verhindert werden koennen.

Robert Hormats, stellvertretender Vorstandsvorsitzender von Goldman Sachs (International), eroeffnete die Diskussion mit einer optimistischen Perspektive. Er stellte fest, dass die Antwort der G-20 auf die Finanzmarktkrise durch eine deutlich groessere internationale Kooperation gekennzeichnet gewesen sei. Die G8-Staaten haetten erkannt, dass sie die Krise nicht alleine bewaeltigen koennten. Vielmehr muessten die grossten Industrienationen der Welt die Laender mit Wachstumsmaerkten staerker beruecksichtigen.

Hormats konstatierte eine beachtliche internationale Kooperation zwischen Regierungsvertretern, Zentralbankchefs und Versicherern. Das Ausmass dieser Zusammenarbeit "haette man sich vor einigen Jahren nicht einmal im Traum vorstellen koennen". Er wies darauf hin, dass sich in diesem Aspekt die heutige Situation von der Grossen Depression der Dreissiger Jahre deutlich unterscheide. Eine solche Kooperation werde dazu beitragen, den Informationsfluss und die Einhaltung von Regeln zu verbessern – zwei Faktoren, die essentiell seien, um die Weltwirtschaft wieder in Schwung zu bringen. "Das Finanzsystem, mit dem wir aus dieser Krise herauskommen werden, kann nicht mehr das gleiche sein, mit dem wir in diese Krise hineingerutscht sind. Wenn wir keine substantiellen Fortschritte machen, werden wir es versaeumt haben, die notwendigen Lehren aus dieser Krise zu ziehen, und ueber kurz oder lang die naechste Krise zu bewaeltigen haben", warnte er.

Die franzoesische Finanzministerin, Christine Lagarde, stimmte dem zu, indem sie betonte, dass Staaten sich „artikulieren, kommunizieren und koordinieren“ muessten. Die Ministerin sagte, dass dies notwendig sei, um zukuenftige Krisen zu verhindern. "Wir muessen wieder gleiche Wettbewerbsbedingungen herstellen". Lagarde warnte, dass es nach wie vor Versuchungen gaebe, in die alten Verhaltensweisen zurueckzufallen.

Leszek Balcerowicz, Professor an der Warschauer School of Economics und ehemaliger polnischer Finanzminister, betonte, dass die Wurzeln der Finanzkrise in einem Versagen des oeffentlichen Sektors laegen. Der politische Druck in den USA, die Kreditvergabe besonders fuer den Hausbau und Immobilienerwerb an kaum solvente Schuldner zu erweitern, sei ein weiterer zentraler Faktor gewesen, der die Krise verstaerkt habe. Auch er sieht einen Bedarf fuer eine staerkere Regulierung des Finanzmarktes. Zudem forderte er eine Wende in der Finanz- und Geldpolitik, damit die Wirtschaftssysteme der Nationalstaaten weniger prozyklisch reagierten und man sie vor einer Ueberhitzung in Boomphasen besser schuetzen koenne.

Balcerowicz zeigte sich mit Blick auf das Management der Krise besorgt – besonders wegen der ueberdimensionierten Konjunkturpakete. "Die Finanzmaerkte stehen schnell im Verdacht, eher kurzichtig zu reagieren. Die Politik in der augenblicklichen Krise etwa nicht?" Fuer eine richtige Behandlung sei eine korrekte Diagnose absolut unerlaesslich, betonte er.

Mit Blick auf die Ukraine stellte Vizepremierminister Hryhoriy Nemyria fest, dass sein Land zum Testfall werden koennte, wie die Welt mit der Finanzmarktkrise insgesamt umgeht.

Nemyria forderte einen neuen, umfassenderen Ansatz fuer Laender, die bisher von den Machtzentren ausgeschlossen waren. Er verwies beispielhaft auf die Ukraine als ein Land, dass nicht zur Europaeischen Union gehoert. "Wir beobachten eine Diskrepanz zwischen alten Regeln und neu aufkommenden Prinzipien. Was wir jetzt brauchen ist, ein Schritt hin zu einem umfassenden Ansatz, der der Realitaet Rechnung traegt und nicht den alten Regeln folgt."

Der fruehere oesterreichische Bundeskanzler, Wolfgang Schuessel, stimmte dem zu, wies aber zugleich darauf hin, dass die osteuropaeischen Wachstumsraten deutlich hoeher seien als die der westeuropaeischen Laender. Zudem warnte er vor einem weiteren Aspekt des derzeitigen Umgangs mit der Krise: "Nicht wir, sondern die naechste Generation wird fuer diese Konjunkturpakete bezahlen. Wir muessen lernen, unsere Haushalte wieder auszugleichen und wir muessen dies besser frueher als spaeter tun."

Lagarde unterstrich die Notwendigkeit, wieder zu belastbaren oeffentlichen Finanzen zurueckzukehren. Allerdings erkannte sie an, dass dies aeusserst schwierig sei, da dies offen der oeffentlichen Meinung entgegenlaufe. Christine Lagardes "drei R's", um dies zu erreichen: better regulation (bessere Regulierung), continuing reform (Fortsetzung der Reformen) and restoring growth (Wiederherstellung des Wachstums). Die Ministerin raeumte ein, dass die internationalen Konjunkturpakete zwischenzeitlich die Inflationsgefahr fuer Frankreich groesser werden liessen als die Sorge vor einer Deflation.

Hormats sagte, dass das amerikanische Konjunkturpaket noetig gewesen sei, um einem weiteren Rueckgang der oeffentlichen Einnahmen vorzubeugen. Sorgen bezueglich des Haushaltsdefizits wischte er beiseite, indem er feststellte, dass dieses bei einem Verzicht auf ein Konjunkturpaket noch groesser sein wuerde. Allerdings teilte er die Bedenken hinsichtlich einer steigenden Inflation, wenn der US Congress weiterhin unfaeig sei, seinen fiskalischen Verantwortlichkeiten nachzukommen – insbesondere, wenn die Krise vorbei sei. Er unterstuetze die Idee, den Internationalen Waehrungsfonds zu einer unabhängigen Stimme fuer das Finanzsystem zu machen, so dass dieser die Oeffentlichkeit hinsichtlich zukuenftiger finanzieller Schieflagen warnen koenne.

Hormats betonte auch, dass der Konsum in den USA aufgrund der wachsenden Spareinlagen nicht wieder das Vorkrisen-Niveau erreichen werde. Solche Sparanlagen koennten der Wirtschaft der USA nur dann zugute kommen, wenn sie in der richtigen Weise genutzt wuerden, z. B. fuer Investitionen in die Infrastruktur.